

INGERSHEIM, 12. JULI 2011

Die Stunde der Petition

Ausschuss berät über Einsprüche gegen Ingersheimer Windrad

Morgen berät der Petitionsausschuss des Landtags über das Windrad in Ingersheim. Die Energiegenossenschaft setzt darauf, dass die Widerstände endgültig aus dem Weg geräumt werden und der Bau der Anlage beginnen kann.



Die neue Landesregierung setzt auf Windenergie, zu einer Beschleunigung des Verfahrens für das Ingersheimer Windrad hat dies nicht geführt. Foto: Archiv

Eigentlich hatte die Energiegenossenschaft Ingersheim und Umgebung gehofft, mit der neuen grün-roten Landesregierung ginge alles schneller und einfacher. Zu lange schon warten die Investoren auf eine endgültige Freigabe für die von ihnen geplante Windkraftanlage nahe des Husarenhofs (wir berichteten).

Zumindest schneller geht es erst einmal nicht. In der unendlichen Geschichte des Genehmigungsverfahrens steht morgen ein weiterer, möglicherweise aber entscheidender Termin an. Der Petitionsausschuss berät über die Einsprüche gegen die Genehmigung der Anlage durch das Landratsamt in Ludwigsburg. Die Petitionen betreffen Planungs- und besonders das Naturschutzrecht, aber auch den Nachbarschaftsschutz. Auf das Votum des Ausschusses sind nicht nur Befürworter und Gegner des Projektes gespannt, auch das Regierungspräsidium will den Petitionsausschuss abwarten, bis es über die in Stuttgart vorliegenden Einwände der Anlagen-Gegner befindet. Ein Sprecher der Behörde verwies in diesem Zusammenhang darauf, dass sämtliche Widersprüche zwar abschließend geprüft, aber noch nicht beschieden wurden. Die Ergebnisse seien auch dem Ausschuss und den zuständigen Ministerien übermittelt worden. Es sei aber gängige Praxis, nicht vor dem Votum des Landtags beziehungsweise des Petitionsausschusses eine Entscheidung zu treffen, also nicht vorzupreschen. Zudem handele es sich um ein Verfahren von größter Wichtigkeit, auch mit Blick auf die Energiepolitik des Landes in der Zukunft.

Das Ingersheimer Verfahren, das bislang unzählige Gutachter und Sachbearbeiter bei den unterschiedlichsten öffentlichen Stellen beschäftigt und den Wechsel einer Landesregierung begleitet hat, dauert den Initiatoren indes schon viel zu lange. Bereits im Januar hatte das Landratsamt nach intensiver Prüfung die Genehmigung zum Bau der Anlage erteilt.

Nun blicke man dem Termin am Mittwoch "erwartungsfroh" entgegen, heißt es bei der Energiegenossenschaft. Ob aber der Ausschuss überhaupt zu einem Beschluss kommen wird, steht noch gar nicht fest. Zwar geht man im Regierungspräsidium fest davon aus, ein Sprecher des Landtags betonte aber: "Zunächst steht das Thema nur auf der Tagesordnung."

Wie auch immer: Die Energiegenossenschaft ist jedenfalls wild entschlossen, im September das Fundament für die Windkraftanlage auszuheben, damit die Anlage noch in diesem Jahr in Betrieb gehen kann. Sie hat den Sofortvollzug ihrer Genehmigung für den Betrieb der Windkraftanlage beim Landratsamt beantragt. Dort wird jetzt ebenfalls wieder geprüft - diesmal über den Antrag auf Sofortvollzug. "Und das kann noch eine Weile dauern", erklärt Dr. Andreas Fritz, Sprecher des Landrats.

Allerdings muss der Weg für die Ingersheimer Windkraftinvestoren selbst bei einer positiven Nachricht aus dem Landratsamt noch nicht frei sein, denn laut Fritz haben die Gegner dann wiederum die Möglichkeit, die Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung des Widerspruchs beim Verwaltungsgericht zu beantragen. Womit man dann wieder am Anfang wäre.

Redaktion: ANDREAS LUKESCH

Hintergrund:

Der Petitionsausschuss des Landtags

Aufgabe des Petitionsausschusses ist es, sich mit Eingaben von Bürgern zu befassen, die sich durch eine Landesbehörde ungerecht behandelt fühlen. Um den Sachverhalt aufklären zu können, hat der Petitionsausschuss besondere Befugnisse, wie etwa das Recht auf Aktenvorlage, auf Auskunft und Zutritt zu den Behörden des Landes. Der Ausschuss schließt die Eingabe mit einem Antrag ab, über den dann das Plenum befundet. Schwerpunkte der Eingaben sind die Bereiche Bausachen, Strafvollzug, Ausländerrecht und Sozialhilfe. Im Durchschnitt ist jede fünfte Petition ganz oder teilweise erfolgreich.

Auf den Sitzungstermin 13. Juli will nach eigenem Bekunden der Bietigheim-Bissingener SPD-Landtagsabgeordnete Thomas Reusch-Frey gedrängt haben. Die Anlage stelle einen sichtbaren und wichtigen Bestandteil der Energiewende dar. Reusch-Frey ist allerdings selbst nur stellvertretendes Mitglied im Ausschuss. Aus dem Wahlkreis, in dem das Windrad errichtet werden soll, kommt keines der direkten Mitglieder. Aus dem Nachbarwahlkreis Vaihingen entscheidet Konrad Epple (CDU) mit über die Eingaben. Ebenfalls Mitglied im Ausschuss ist die SPD-Abgeordnete Gabi Rolland. Sie kommt aus dem Wahlkreis Freiburg II, zu dem das Glottertal gehört. Genau dort haben die Menschen sich am Wochenende per Volksentscheid für die Errichtung von Windrädern ausgesprochen.

luk